

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt

## Schwerin

Datum: 2007-11-26

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/  
Ortsbeiräte  
Bearbeiter: SPD-Fraktion  
Telefon:

### Antrag Drucksache Nr.

01877/2007

**öffentlich**

### Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

### Betreff

Letzten Angleichungsschritt vollziehen - Neue Ungleichbehandlungen nicht zulassen

### Beschlussvorschlag

1. Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin hält die im Ergebnis der Tarifverhandlungen 2003 und 2005 vereinbarte Angleichung der Gehälter der unteren und mittleren Einkommensgruppen der ostdeutschen Kommunalbeschäftigten an die Gehälter vergleichbarer westdeutscher Beschäftigten zum 01.01.2008 für einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zur gesamtdeutschen Tarifgerechtigkeit.
2. Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin spricht sich deshalb dafür aus, die durch die Ost/West-Angleichung hergestellte Tarifgerechtigkeit nicht durch neue Ungleichbehandlungen in der Tarifrunde 2008 zu gefährden.

### Begründung

Die Tarifpartner im öffentlichen Dienst haben sich im Vorfeld der Tarifverhandlungen 2008 positioniert. Dabei wird die 2003 bzw. 2005 vereinbarte Anpassung der unteren und mittleren Entgeltgruppen ab 2008 und für die höheren Entgeltgruppen ab 2010 im Tarifgebiet Ost an den Bemessungssatz im Westen grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Allerdings fordern die kommunalen Arbeitgeber, dass die sich hieraus ergebenden Belastungen im Rahmen der Tarifrunde angemessen berücksichtigt werden müssen. Eine Anrechnung der Anpassung von 97 auf 100% auf die kommende Tarifierhöhung für die ostdeutschen Kommunalbeschäftigten würde eine nicht zu rechtfertigende neue Ungleichbehandlung 18 Jahre nach Herstellung der Deutschen Einheit bewirken.

Gerade von den Beschäftigten der Schweriner Stadtverwaltung wird ein beachtlicher Beitrag zur Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Stadt geleistet. Mit immer weniger Personal müssen nicht geringer werdende Dienstleistungen erbracht werden.

Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich verhindern solidarisch betriebsbedingte Kündigungen. Um unter diesen Bedingungen weiterhin eine hohe Leistungsfähigkeit unser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten, ist die Tarifgerechtigkeit, auch unter den schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen, für die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin unerlässlich.

**über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr**

**Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---**

**Deckungsvorschlag**

**Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---**

**Anlagen:**

keine

gez. Manuela Schwesig  
Fraktionsvorsitzende